

NR. 1, MÄRZ 2025

OSTGRÜN

BULLETIN DER KANTONE SG, TG, GL, GR UND SH



- › **SOLARINITIATIVE:** NATIONALE SAMMELTAGE STEHEN AN SEITE 6
- › **LANDSGEMEINDE GLARUS:** DEMOKRATIE, ÖV UND SLOW SUNDAYS SEITE 10
- › **INTERVIEW MIT LYDIA TOBLER:** GESCHÄFTSFÜHRERIN MIT VIEL EMPATHIE SEITE 15

CREDIT SUISSE

**DIE GEFAHREN EINER
NEUEN BANKENKRISE**

* LIEBE GEHT DURCH DEN GARTEN.

Ihre Lieblingspflanzen jetzt in unserer Biogärtnerei
oder im biopflanzen-shop.ch

neubauer

neubauer.ch

...sorgt für Leben im Garten

MARDER IM DACH?

CURAU
WWW.CURAU.CH

Mit unserer Dämmung
werden Sie ihn los!



Im Einklang mit der Natur



Guido Leutenegger
www.natur-konkret.ch

Das tier- und naturfreundlichste
Label der Schweiz



COMEDIA

Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen
Tel. 071 245 80 08, medien@comedia-sg.ch



Die Genossenschafts-Buchhandlung mit dem
besonderen Angebot und dem guten Service.
Auch für Bibliotheken, Schulen, Institutionen.

www.comedia-sg.ch mit unseren Buch-,
Comic/Manga-, WorldMusic- und Veranstaltungstipps
und dem grossen Medienkatalog mit E-Shop!

umfassendes Tee- & Kräutersortiment

pflanzliche Rohstoffe & Grundnahrungsmittel

transparent & verantwortungsbewusst
plastikfrei oder unverpackt
überwiegend bio & vegan
seit 2000 bio zertifiziert



10 % Kennenlern-Rabatt
mit Code OstGruen

teewerk.ch online oder Ladeneinkauf
Meierhofstr. 14 8274 Tägerwil 071 667 09 03

DEIN INSERAT IM «OSTGRÜN»

Du erreichst 1950 Mitglieder und
Sympathisant*innen der GRÜNEN
in der Ostschweiz.

1/8 Seite Fr. 150.00, bei drei Schaltungen 20%
Rabatt, 10% Mitgliederrabatt.

sekretariat@gruene-sg.ch | sekretariat@gruene-tg.ch

Markus Allemann Naturgärten GmbH



Herzklopfen



Planung, Ausführung und
Unterhalt von Naturgärten

8577 Schönholzerswil
Telefon 071 633 29 84

www.natur-gaerten.ch

EIN FARBTUPFER FÜR EIN BUNTES 2025

Liebe GRÜNE

Rot, Orange, Gelb, Grün, Blau und Violett – an was denkt Ihr beim Lesen dieser Farben? Rot sehen ist wahrscheinlich eine häufige Reaktion auf das Weltgeschehen der letzten Wochen und Monate. In schweren Zeiten mal Blau machen ist wichtig, hilft aber auch nicht unbegrenzt. Was dann tun? Mit den sechs Farben – in ihrer Kombination als Regenbogen – möchte ich hier etwas mit auf den Weg geben, das mir Energie gibt für das Engagement im neuen Jahr.

Der Regenbogen steht unter anderem für ein persönliches Highlight von mir: Am 5. Juli 2025 findet in Glarus die allererste Pride statt. Die Glarus Pride zeigt, dass Tradition und Queerness zusammengehören. Und zwar seit jeher, denn schon im 18./19. Jahrhundert lebte in Glarus der Aktivist Heinrich Hössli. Er war einer der Ersten, der im deutschen Sprachraum über die Anerkennung homosexueller Liebe schrieb.

Wir alle machen einen Unterschied

Gerade wenn das Leben für Minderheiten – in der queeren Community besonders trans Personen – in grossen Teilen der Welt gefährlicher wird, ist es wichtig, nicht leiser zu werden. Aber wie schafft man es, angesichts globaler Krisen nicht zu erstarren? Mir hilft: Im Kleinen beginnen. Und dabei geht es nicht darum, Systemfragen auszuklammern oder von den eigenen Positionen abzuweichen. Sondern sich Problemen so zu widmen, dass sie lösbar werden. Denn die Lösungen braucht es in allen unseren Dörfern, Gemeinden und Kantonen. Jede Person, jeder Vorstoss oder eben auch jede kleine Pride machen einen Unterschied.

Deshalb erhoffe ich mir für 2025 viele verschiedene politische Farbtupfer, die gemeinsam einen Regenbogen ergeben. Und falls Euch in der Hälfte des Jahres die Farbe ausgehen sollte: Kommt vorbei auf einen Besuch an die Glarus Pride – zum Auftanken bei einem Konzert vom schwulen männerchor zürich (schmaz), einer queeren Buchlesung oder einer Dragshow von Mona Gamie.



Leana Meier
Co-Präsidentin Junge Grüne Glarus
sekretariat@gruene-gl.ch



OSTGRÜN NR. 1/2025

Bulletin der GRÜNEN Ostschweiz
c/o GRÜNE Kanton St.Gallen
Postfach, 9001 St.Gallen

März 2025
Erscheint 3mal jährlich

Auflage: 1950 Exemplare

Redaktion: Daniel Bosshard (SG), Kurt Egger (TG), Regula N. Keller (GL), Leana Meier (GR), Roland Müller (SH)

Autor*innen: Daniel Bosshard, Kurt Egger, Cornelia Hauser, Anita Mazzetta, Maurus Pfalzgraf, Franziska Ryser, Kaspar Schuler, Kaj Weibel, Mathias Zopfi

Gestaltung: Mischa Herzog

Titelbild: Adobe Stock

Porträtfotos: S. 4 Patrick Itten,
S. 5 Béatrice Devènes

Druck: Cavelti AG, Gossau



Bild: Adobe Stock

DIE CS-PUK SIEHT HANDLUNGSBEDARF

Zum zweiten Mal innerhalb von 10 Jahren geriet eine Schweizer Grossbank in Schieflage. Nur mit einem milliarden schweren Hilfspaket des Bundes konnte eine Finanzkrise verhindert werden. Die parlamentarische Untersuchungskommission PUK hat die Geschehnisse aufgearbeitet und sieht Handlungsbedarf.

Im März 2023 ereignete sich eine der grösseren Zäsuren der Schweizer Wirtschaftsgeschichte. Nur gut 10 Jahre nach der letzten Grossbankenkrise geriet die Crédit Suisse (CS) nach jahrelangem Missmanagement in Schieflage. Sie musste mit einem Kredit von über 109 Milliarden Franken gestützt und schliesslich mit der UBS fusioniert werden. Das Parlament setzte daraufhin eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) ein, um die Geschäftsführung der Behörden in dieser Krise zu untersuchen.

Die PUK hat die Vorkommnisse vor und während der Krise untersucht. Die Erkenntnisse aus 79 Anhörungen und fast 20'000 Seiten Dokumenten flossen in einen Bericht ein.

Die wichtigsten Punkte

Die Schweiz hatte die Too-big-to-fail (TBTF)-Gesetzgebung zu Beginn sehr fortschrittlich umgesetzt. Seit 2015 war jedoch Gegenwind zu spüren. Neue Regulierungen wurden später eingesetzt als eigentlich geplant und der Bundesrat kam den Grossbanken verschiedentlich entgegen. Das führte dazu, dass uns wichtige Instrumente wie ein «Public Liquidity Backstop» (PLB) in der Krise fehlten.

Die Finanzmarktaufsicht (Finma) hatte die Schwierigkeiten bei der CS zwar schon früh erkannt. Sie hat die Vergütungspolitik kritisiert, die ungenügenden Risikokontrollen angesprochen und auf die Geldwäscherei-Problematik hingewiesen. Doch nicht einmal mit verschiedenen Enforcement-Verfahren konnte sie etwas an der Risikobereitschaft und der Selbstbedienungsmentalität der CS ändern. Für die Zukunft soll die Finma deshalb mit zusätzlichen Instrumenten, wie einer Bussenkompetenz, ausgestattet werden.

In dieser Zeit erhielt die CS auch Eigenmittelerleichterungen. Sodass am Schluss der Auslöser der Krise zwar ein Vertrauensverlust war, die fehlende Stabilität der Bank aber auch auf eine ungenügende Eigenkapitalisierung zurückzuführen war.

Während der Krise haben die Behörden gut zusammengearbeitet. Nur der Bundesrat wurde nicht informiert: Unter dem damaligen SVP-Finanzminister Ueli Maurer wurden Informationen zurückgehalten und er unterbreitete seinen Bundesratskolleg*innen aus Angst vor Leaks kein einziges Mal schriftliche Unterlagen zur CS.

Nachdem die Lage durch die US-Regionalbankenkrise eskalierte, vermittelten die Behörden intensiv zwischen der UBS und der CS. So konnte innerhalb von wenigen Tagen eine Lösung beschlossen und eine internationale Finanzkrise verhindert werden.

Stärkere Eigenkapitalanforderungen

Für die Zukunft braucht es aber stärkere Eigenkapitalanforderungen für systemrelevante Banken; ein Public Liquidity Backstop, um in Krisensituationen das Vertrauen zu stärken; sowie mehr Durchsetzungsmöglichkeiten für die Finma, insbesondere bei renitenten Banken.

Es ist jetzt am Parlament zu handeln – und den entrüsteten Worten vom Frühling 2023 auch Taten folgen zu lassen.



Franziska Ryser
Nationalrätin GRÜNE SG
Vizepräsidentin PUK



Bild: Christian Krebs

DIE GRÜNEN KÖNNEN KOMMUNALPOLITIK

Als Präsident des Schweizerischen Gemeindeverbandes (SGV) kann Mathias Zopfi Grüne Akzente setzen. Von PFAS bis Beschleunigungserlass: aktuelle umweltpolitische Fragen betreffen auch die Gemeinden. Dort sind auch in der Ostschweiz einige GRÜNE aktiv.

Im Juni 2024 wurde Mathias Zopfi zum Präsidenten des SGV gewählt. Die GRÜNEN aus der Ostschweiz sind stolz, einen von ihnen an der Spitze dieses wichtigen Verbandes zu haben. Der Verband vertritt die kommunale Ebene in der ganzen Vielfalt und ist parteipolitisch breit abgestützt.

Gemeinsame Interessen

Das heisst nicht, dass Mathias Zopfi nicht auch grüne Akzente setzen kann. Denn zwischen den Positionen der GRÜNEN und des SGV gibt es Überschneidungen. So wehrt sich der SGV gegen Einsparungen beim erfolgreichen Programm EnergieSchweiz für Gemeinden und der finanziellen Förderung für Energiestädte. Der SGV wird zudem das Thema PFAS aufnehmen. Diese Ewigkeitschemikalien sind in der Umwelt nur schwer abbaubar und ein riesiges Problem. Während die politischen Forderungen dazu von den GRÜNEN kommen, unterstützt der SGV die Mitgliedergemeinden in der konkreten Arbeit.

Ein aktuelles Beispiel ist der Beschleunigungserlass, der den Ausbau der erneuerbaren Energien vorsieht. Im Entwurf war eine Beschneidung der

Mitsprache der Gemeinden enthalten. Der SGV hat sich gewehrt und erreicht, dass die Gemeinden in Projekte einzubinden sind.

Natürlich kann es passieren, dass Gemeindeversammlungen sinnvolle

Projekte ablehnen. Die Gemeinden für die Energiewende an Bord zu haben, stärkt aber die Akzeptanz und betont ihre Rolle als pragmatische und lösungsorientierte erste Staatsebene. Ein Beispiel? Die Stadt Chur hat Anfang Jahres mit 83 % Ja-Stimmen ein zweites Windrad im Churer Rheintal und damit erneuerbare Energie für 2200 Haushalte gutgeheissen.

Erfolge in der Exekutive

Apropos Chur: Seit 1. Januar 2025 ist dort mit Simon Gredig einer von drei Stadträten ein GRÜNER. Ein wunderbarer Erfolg. Denn, wenn die GRÜNEN in der Ostschweiz stärker werden wollen, führt kein Weg an den Gemeindeexekutiven vorbei. Bereits heute gibt es in der ganzen Ostschweiz grüne Exekutivmitglieder. Bernhard Braun amtiert gar als Gemeindepräsident von Eschlikon. Sandra Reinhart ist Stadträtin von Am-

riswil. Im Gemeinderat von Flawil hat es mit Edi Hartmann und seit kurzem Marlen Rutz Cerna gleich zwei GRÜNE.

Und in zwei von drei Glarner Gemeinden sind die GRÜNEN mit der erfahrenen Sibylle Hu-

ber-Regli und der talentierten Eva-Maria Kreis in der Exekutive. Das sind nur einige Beispiele. Sie machen Freude und zeigen: Die GRÜNEN können Kommunalpolitik. Das Ziel muss sein, noch mehr GRÜNE in Exekutivämter zu bringen. Denn eines ist klar: Die kommunale Staatsebene ist nicht nur die schönste, sondern auch die wichtigste. Getreu dem Grundsatz: **Global denken, lokal handeln!**

«Die kommunale Staatsebene ist nicht nur die schönste, sondern auch die wichtigste.»



Mathias Zopfi
Ständerat GRÜNE GL
Präsident SGV



Bild: GRÜNE SG

NATIONALER EINSATZ FÜR DIE SOLAR-INITIATIVE

Vor knapp einem Jahr ist die nationale Solar-Initiative der GRÜNEN lanciert worden. Die Initiative will, dass Solaranlagen zum Standard werden und bei Neubauten und Dachsanierungen installiert werden. Bis zu den Sommerferien sollen noch möglichst viele Unterschriften gesammelt werden.



Kreatives Schaffen: Am Mitgliedertreffen der GRÜNEN Kanton Glarus leitet Franz Schnider einen Workshop über enkeltaugliche Wohnbauprojekte. (Bild: GRÜNE GL)



Die GRÜNEN Kanton St.Gallen sammeln hier mit Christian Huber, Cornelia Federer und Franziska Ryser. (Bild: GRÜNE SG)



Der grüne Beat Deplazes im Einsatz für den Energiewandel. (Bild: GRÜNE GR)



Solche Bauten können während ihrer Nutzungsdauer die gesamte Herstellungs- und Recyclingenergie selbst produzieren. Wichtiger Energieproduzent sind dabei Solardächer und Solarfassaden. (Bild: GRÜNE GL)



28 % ihrer Sammelquote haben die GRÜNEN Kanton Graubünden erreicht. (Bild: GRÜNE GR)

NATIONALE SAMMELTAGE

An den Samstagen, 5. April, 10. Mai, 14. Juni und 5. Juli sind nationale Sammeltage. Auch in der Ostschweiz sind die GRÜNEN unterwegs und um jede Unterstützung dankbar. Melde dich bei deinem kantonalen Sekretariat, wenn du an einem dieser Samstage mit hilfst, Unterschriften zu sammeln.



Bild: freepik

PFAS IN GRAUBÜNDEN: EIN GEFÄHRLICHES ERBE

Einst war Klärschlamm die Lösung, heute ist er ein Problem. Jahrzehntlang wurde er in Graubünden auf Feldern ausgebracht und zur Bodenverbesserung genutzt. Doch mit ihm gelangten auch die berüchtigten PFAS-Chemikalien in die Umwelt – eine Altlast, die uns noch lange beschäftigen wird.

AMA. Ab den 1960-er Jahren investierte die Schweiz massiv in Abwasserreinigungsanlagen. Die Frage, wohin mit dem Klärschlamm, wurde immer drängender. 1971 setzte die Bündner Regierung eine Klärschlammkommission ein, um die Verwertung zu fördern. Bauern erhielten damit günstigen oder sogar kostenlosen Dünger, Kläranlagen eine billige Entsorgung.

«Niemand ahnte damals, dass PFAS in die Böden, ins Grund- und Trinkwasser gelangten.»

20'700 Hektaren landwirtschaftliche Flächen konnten gemäss der Umweltbehörde gut mit Klärschlamm gedüngt werden. Regionen wie das Churer Rheintal, Churwalden, Oberhalbstein, Disentis, Ilanz, Münstertal und Domleschg wurden mit dem «wertvollen» Material versorgt. Aber auch als Abdeckmaterial in Kehr- und Bauschuttdeponien, als Bodenverbesserungszusatz bei Erdbewegungen, Böschungen und im Gartenbau kam Klärschlamm zum Einsatz. Niemand ahnte damals, dass damit auch langlebige Schadstoffe wie PFAS in die Böden, ins Grund- und Trinkwasser gelangten. Erst 2006 wurde die Nutzung von Klärschlamm in der Schweiz verboten.

PFAS sind fast überall

Heute sind die Folgen unübersehbar. In Graubünden wurden bisher rund 300 Untersuchungen durchgeführt – und fast überall fanden sich PFAS-Spuren, wie die Regierung auf eine Anfrage der GRÜNEN schreibt. In sämtlichen Bodenproben wurden PFAS nachgewiesen, aber keine so hohen Werte wie in St. Gallen.

Doch eine offizielle Grenze für PFAS in Böden existiert nicht. Besonders problematisch: Ob auch tierische Produkte betroffen sind, wurde bisher nicht untersucht. Allerdings schliesst sich Graubünden der nationalen PFAS-Kampagne für tierische Produkten an.

Beim Trinkwasser schaut der Kanton schon länger hin. Seit 2021 werden PFAS-Proben genommen. Spuren wurden gefunden, wenn auch unterhalb der erlaubten Grenzwerte. In Grundwasserproben nahe alter Kehr- und Bauschuttdeponien fand man jedoch vereinzelt auffällige Belastungen. Die Regierung räumt ein: Ein Gesamtbild fehlt noch. Weitere Hotspots könnten erst noch entdeckt werden.

Die Jagd nach den PFAS

Graubünden will Klarheit schaffen. Eine historische Analyse soll aufdecken, welche Felder mit Klärschlamm belastet wurden. Neben alten Deponien geraten auch Industrie- und Gewerbebetriebe ins Visier. Zudem läuft eine Umfrage unter Gemeinden, um ehemalige Feuerwehrrübungsplätze als mögliche PFAS-Quellen zu identifizieren. Die Strategie ist klar: Quellen aufspüren, stoppen und sanieren. Doch wie genau das geschehen soll, ist noch offen. Ein Sanierungsplan existiert nicht, ebenso wenig eine Kostenschätzung. Erste Sanierungsfälle in anderen Kantonen zeigen jedoch, dass PFAS-Sanierungen bereits dutzende Millionen gekostet haben – viele der Rechnungen wird wohl die öffentliche Hand begleichen müssen.

Wie belastete Böden und kontaminiertes Wasser saniert und PFAS-Material entsorgt werden sollen, ist noch unklar. Bis Ende 2025 will der Bund Klarheit schaffen. Doch eines ist bereits sicher: PFAS werden uns noch Jahre, wenn nicht Jahrzehnte lang beschäftigen.



Bild: Stadt Wil

MERET GROB IST HÖCHSTE WILERIN

Meret Grob wurde am 9. Januar 2025 mit 34 von 36 Stimmen zur Stadtparlamentspräsidentin von Wil gewählt. Als höchste Wilerin durfte die 29-jährige diesen besonderen Anlass anschliessend mit einer ausgelassenen Präsidiumsfeier in der festlich geschmückten Tonhalle feiern.

DBO. Seit der Einführung des Stadtparlaments Wil stellten die GRÜNEN bereits mehrfach die Parlamentspräsidentschaft. Nach Michael Sarbach im Jahr 2013 und Luc Kauf im Jahr 2018 hat nun Meret Grob das höchste Amt im Wiler Stadtparlament übernommen.

Historisch junges Präsidium für Wil

Am 9. Januar 2025 wurde Meret Grob mit einem Glanzresultat von 34 Stimmen zur neuen Parlamentspräsidentin gewählt. Mit nur 29 Jahren gehört sie zu den jüngsten Personen, die dieses Amt je bekleideten. Ihr Vizepräsident für das Amtsjahr 2025 ist der 25-jährige Dominik Egli (SVP). Gemeinsam bilden sie das jüngste Präsidium in der Geschichte des Wiler Stadtparlaments.

Feierliche Ehrung und humorvolle Überraschungen

Begleitet von viel Humor, Charme und kreativen Einlagen der Fraktionen wurde Meret Grob an diesem Abend gebührend geehrt und gefeiert. Den Auftakt machten Nationalrätin Franziska Ryser und Ständerat Mathias Zopfi, welche die politischen Etappen und die Zukunft von Meret präsentierten. Mit einem Augenzwinkern verglichen sie Grobs Karriere mit jener von Karin

Keller-Sutter und präsentierten sogar ein fiktives Bundesratsfoto aus dem Jahr 2046 – mit Meret Grob als Bundesrätin. Die fünf Fraktionen des Parlaments trugen mit humorvollen Darbietungen und persönlichen Geschenken zur Feier bei.

Die SP inszenierte ein lebendiges SBB-Zugabteil auf der Bühne, in dem Grob mit allerlei Fahrgästen ins Gespräch kam. Passend dazu überreichte die Fraktion einen Gutschein für den Speisewagen der SBB. Die SVP sorgte mit einem Gutschein für eine Probefahrt im teuersten Auto eines Wiler Autohauses sowie einem Ferrari-Modell für Lacher. Die Mitte/EVP-Fraktion traf mit Büchern und einer Übernachtung in einer Buchhandlung den Geschmack der Bücherliebhaberin. FDP und GLP schenkten einen Gutschein für das Kleintheater Zeltainer, während ihre eigene Fraktion, die GRÜNEN prowil, Meret Grob in einem Gemüse-Erkennungsspiel herausforderten – mit einem Kochkurs im Zürcher Hiltl als Preis.

Aktiver Start ins Präsidialjahr

In den Wochen vor und nach ihrer Wahl konnte Grob bereits viel Neues in Wil kennenlernen. So besuchte sie unter anderem den japanischen Verein Yamato, nahm am Neujahrsanlass des Quartiervereins West teil, fieberte bei den erfolgreichen Spielen des EC Wil mit oder war am Gumpelimitwoch im Kapuzinerkloster zum Mittagessen.

Die OSTGRÜN-Redaktion wünscht Meret ein spannendes und erfolgreiches Präsidiumsjaar.

GESUCHT

Politische*r Sekretär*in

Die GRÜNEN prowil sind auf der Suche nach Unterstützung (Pensum ca. 10 %) im Sekretariat. Willst du die Wiler Lokalpolitik mitgestalten, schreibst gerne und bist gut organisiert? Dann melde dich unter info@prowil.ch. Wir freuen uns, von dir zu hören!



Bild: Adobe Stock

ABSTIMMUNGEN VOM

18. MAI 2025

Seit 1952 wurden im Kanton St.Gallen erst sieben Ratsreferenden dem Volk zur Abstimmung vorgelegt, im Durchschnitt also etwa alle zehn Jahre eines. Am 18. Mai 2025 kommen mit den Vorlagen zur Ausweitung der Ladenöffnungszeiten und dem kantonalen Finanzausgleich gleich zwei hinzu.

DBO. Das Ratsreferendum ist ein parlamentarisches Instrument, mit dem 40 Mitglieder des Kantonsrats – was einem Drittel des Parlaments entspricht – eine Volksabstimmung über eine vom Kantonsrat beschlossene Vorlage verlangen können. Von den bisherigen sieben Ratsreferenden wurden fünf vom Volk angenommen, zwei abgelehnt.

NEIN zur extremen Ausweitung der Ladenöffnungszeiten

Ein solches Ratsreferendum betraf bereits im Jahr 2010 eine Anpassung der Ladenöffnungszeiten. Der damalige II. Nachtrag zum Gesetz über Ruhetag und Ladenöffnungszeiten sah eine Verlängerung der Öffnungszeiten unter der Woche von 19.00 auf 20.00 Uhr vor. Die St.Galler Stimmbevölkerung lehnte die Vorlage mit 63,5 % Nein-Stimmen deutlich ab.

Nun steht das Thema erneut zur Abstimmung. Die Regierung schlug im III. Nachtrag zum Gesetz über Ruhetag und Ladenöffnung wie bereits im Jahr 2010 eine moderate Anpassung der Öffnungszeiten vor: Montag bis Freitag bis 20.00 Uhr, Samstag sowie an Feiertagsvortagen bis 18.00 Uhr. Gleichzeitig sollte der wöchentliche

Abendverkauf bis 21.00 Uhr entfallen. Der Kantonsrat entschied sich jedoch für eine weitergehende Liberalisierung. Eine Mehrheit aus FDP und SVP setzte durch, dass die Läden künftig von Montag bis Samstag zwischen 5.00 und 22.00 Uhr geöffnet sein dürfen.

Diese deutliche Ausweitung stiess bei den GRÜNEN, SP und Mitte-EVP auf Widerstand. Sie ergriffen in der Wintersession 2024 mit 50 Stimmen das Ratsreferendum. Die Gegnerinnen und Gegner argumentieren, dass eine Liberalisierung vor allem Grossunternehmen nütze, während kleinere Betriebe und das Verkaufspersonal unter Druck gerieten. Zudem seien längere Arbeitszeiten für das Personal nicht sozialverträglich, insbesondere für Alleinerziehende oder Personen mit Betreuungspflichten.

JA zum Finanzausgleichsgesetz

Das zweite Ratsreferendum, das in der vergangenen Wintersession ergriffen wurde, betrifft den V. Nachtrag zum Finanzausgleichsgesetz. Dieses Gesetz bezweckt die gerechtere Verteilung finanzieller Lasten zwischen den Gemeinden des Kantons. Insbesondere

soll die Stadt St.Gallen für ihre zentralörtlichen Leistungen einen höheren Ausgleich erhalten.

Die Stadt St.Gallen trägt als wirtschaftliches, kulturelles und administratives Zentrum erhebliche Zentrumslasten. Laut einer Ecoplan-Studie belaufen sich die ungedeckten Zusatzlasten auf 12,2 Millionen Franken pro Jahr. Der Gesetzesnachtrag sieht vor, dass die Stadt St.Gallen von 2025 bis 2028 jährlich 3,7 Millionen Franken zusätzlich erhält, um die finanziellen Zentrumslasten teilweise auszugleichen.

Die SVP ergriff mit 43 Stimmen das Ratsreferendum. Sie ignoriert damit, dass die Stadt St.Gallen zentrale Aufgaben für die ganze Region übernimmt und die Kosten nicht allein tragen kann. Statt Lösungen setzt sie auf populistische Stimmungsmache gegen die Stadt.

ABSTIMMUNGSEMPFEHLUNG

18. Mai 2025

NEIN	zum III. Nachtrag zum Gesetz über Ruhetag und Ladenöffnung
JA	zum V. Nachtrag zum Finanzausgleichsgesetz



Bild: Samuel Trümpy Photography

«DS WORT ISCH FRII»

DEMOKRATIE UND VERKEHRSWENDE

Am 4. Mai heisst es in Glarus wieder: «D Landsgmeind isch eröffnet. Ds Wort isch frii!». Die Landsgemeinde 2025 stellt aus grüner Sicht eine grosse Chance dar, den Kanton Glarus ein weiteres Mal als zukunftsorientierten und progressiven Kanton zu positionieren. Das Wichtigste in Kürze.

Totalrevision Gemeindegesetz: Gemeindeautonomie auch bei politischen Rechten?

KWE. Der Regierungsrat wollte den Gemeinden im Rahmen der Totalrevision des Gemeindegesetzes die Freiheit geben, selbst zu entscheiden, ob Menschen ohne Schweizer Staatsbürgerschaft das aktive Stimm- und Wahlrecht erhalten sollen. Auch die GRÜNEN des Kantons Glarus unterstützten das Anliegen mit einer Petition und in der parlamentarischen Phase im Landrat. Und obwohl bereits acht andere Kantone und viele Gemeinden das Stimmrecht für Personen ohne Schweizer Staatsangehörigkeit kennen, hat sich der Landrat mit knapper Mehrheit gegen die Schaffung dieser zusätzlichen Freiheit ausgesprochen. Damit hat man die Chance verpasst, unsere direkte Demokratie zu stärken und für mehr Menschen zugänglich zu machen.

Die Landsgemeinde hat am 4. Mai nochmals die Möglichkeit, das Anliegen aufzunehmen und den Gemeinden die Freiheit zu geben, 25 Prozent ihrer Bevölkerung politische Mitbestimmung zu ermöglichen.

Totalrevision ÖV-Gesetz: Halbstundentakt im ganzen Kanton?

Der Landrat hat sich auf Antrag der GRÜNEN / Jungen Grünen Fraktion dafür ausgesprochen, dass der öffentliche Verkehr im Kanton Glarus grundsätzlich im Halbstundentakt geführt werden soll. Dies würde massive Angebotsverbesserungen für verschiedene Regionen im Glarnerland bedeuten. Weite Teile des Kantons, darunter das Grosstal, das Kleintal, der Kerenzerberg und Riedern, sind bis jetzt nur mit einem Stundentakt erschlossen.

Der ÖV im ganzen Kanton würde mit einem Halbstundentakt, bei dem durch den Landrat vereinzelt Ausnahmen vorgesehen werden können, massiv an Attraktivität gewinnen und die Strassen könnten damit vom motorisierten Individualverkehr entlastet werden. Es ist zu erwarten, dass der Halbstundentakt an der Landsgemeinde wieder angegriffen wird – doch die GRÜNEN des Kantons Glarus werden sicher mit Wort und Tat dagegenhalten.

«Dem Angriff auf den Halbstundentakt stellen wir uns mit Wort und Tat.»

Umsetzung der Slow Sundays im Klöntal

Im Jahr 2022 hat die Landsgemeinde den Memorialsantrag Slow Sundays im Klöntal von den GRÜNEN und Jungen Grünen des Kantons Glarus in abgeänderter Form angenommen. Die Stimmbewölkerung stellte sich hinter das Anliegen, das Klöntal an einzelnen Sonntagen im Sommer vom motorisierten Individualverkehr zu befreien.

Damit wird der nötige Raum für einen nachhaltigen Tourismus geschaffen und das Klöntal als Naherholungsgebiet gestärkt. Bei der Umsetzung des Memorialsantrags einigte man sich im Landrat auf drei verkehrsberuhigte Sonntage. Auch hier wird die kommende Landsgemeinde das letzte Wort haben und über die Ablehnung, Annahme oder Verschärfung des Antrags abstimmen.



Bild: GRÜNE Thurgau

SOLLEN ALLE

MEHR BEZAHLEN?

Die bürgerlichen Parteien des Kantons Thurgau wollen die Liegenschaftensteuer abschaffen. Die Steuerausfälle belaufen sich jährlich auf über 34 Millionen Franken. Dies führt zu höheren Steuern oder massiven Sparprogrammen. Die GRÜNEN sagen darum klar Nein zur Abschaffung der Liegenschaftensteuer.

KEG. Für Einfamilienhäuser oder Wohnungen im Stockwerkeigentum beträgt diese Steuer wenige Hundert Franken im Jahr. Personen mit teuren Liegenschaften und Institutionen profitieren am meisten von der Abschaffung, während Mieter*innen gar nichts davon haben. Die Liegenschaftensteuer beträgt 0.5 Promille des Verkehrswertes der Liegenschaft. Steuerpflichtig sind natürliche oder juristische Personen, die im Kanton Thurgau Eigentümer*in einer Liegenschaft sind.

Loch in der Kantons- und in den Gemeindekassen

Eine Abschaffung von Steuern sieht auf den ersten Blick verlockend aus, führt aber zu höheren Steuern oder massiven Sparprogrammen, die alle Thurgauer*innen treffen. Der Ausfall beträgt beim Kanton rund 14 Millionen Franken pro Jahr. Das sind mehr als zwei Steuerprozent. Das käme zu den acht Prozent Senkung dazu, die der Grosse Rat 2022 beschlossen hat. Der Kanton hat 2024 ein Defizit von über 100 Millionen Franken geschrieben. Bereits im letzten Herbst hat der Gros-

se Rat wichtige Projektbeiträge bei der Biodiversität, der Gesundheitsprävention und der Bildung gekürzt. Falls

«Falls auch noch die Liegenschaftensteuer wegfällt, folgen weitere Sparprogramme.»

auch noch die Liegenschaftensteuer wegfällt, folgen weitere Sparprogramme. Noch härter trifft es die Gemeinden. Um die Ausfälle zu kompensieren, muss der Steuerfuss je nach Gemeinde um zwei bis vier Prozente erhöht werden. Oder die Gemeinden setzen Sparprogramme um, die zu einem Dienstleistungsabbau zum Beispiel im Sport- und Kulturbereich führen. Den Gemeinden fehlen entscheidende Einnahmen, um neue Projekte zu finanzieren.

Ausserkantonale Unternehmen werden belohnt

Ein Drittel aller Liegenschaftssteuern bezahlen Institutionen und Privatpersonen, die ihren Steuersitz ausserhalb des Kantons Thurgau haben. Diese Steuerausfälle müssen die Thurgauer*innen wieder kompensieren. Wir sagen Nein zu diesen Steuergeschenken, welche vor allem die Mieter*innen finanzieren müssen.

Weitere Informationen:

www.liegenschaftensteuer.ch

GESCHICHTE

Im Mai 2021 haben die Kantonsräte Pascal Schmid (SVP), Mathias Tschanen (SVP), Kristiane Vietze (FDP) und Simon Wolfer (CVP) die Motion zur Abschaffung der Liegenschaftensteuer eingereicht, welche im Dezember 2021 im Grossen Rat mit 64 zu 44 Stimmen erheblich erklärt wurde. Der Grosse Rat stimmte der Gesetzesvorlage am 14. August 2024 zu. Die Inkraftsetzung ist für den 1. Januar 2029 vorgesehen. 45 Mitglieder des Grossen Rates haben das Behördenreferendum gegen diese Änderung ergriffen. Das Referendum wurde von den GRÜNEN, der SP und von 14 Bürgerlichen unterstützt. Somit kommt es am 18. Mai 2025 zur kantonalen Volksabstimmung.



Bild: GRÜNE Weinfelden

SONDERRECHTE FÜR ISLAM: ANPASSUNG ODER RÜCKSICHT?

Im Dezember 2024 hat das Weinfelder Parlament das revidierte Friedhofreglement genehmigt. Vorangegangen war die einstimmige Kommission. Eine Gruppe von Weinfelder*innen hat im Januar 2025 das Referendum eingereicht. Das mediale Interesse schlägt seither schweizweit hohe Wellen.

CHA. Über die Neuaufnahme von Grabfeldern für islamische Gläubige ist eine teils hitzige, überregionale Debatte entbrannt. Obwohl sich die vorberatende Kommission einig war und auch das Parlament grossmehrheitlich zugestimmt hatte. Das Nein-Komitee hat innert Kürze 1000 Unterschriften gesammelt. Am 18. Mai 2025 kommt das Referendum vors Volk.

Ablehnung eines zeitgemässen Reglements

Bei einem Nein an der Urne werden alle Neuerungen gestrichen, das heisst auch Bestattungsmöglichkeiten für tot geborene Kinder (Engels- und Schmetterlingskinder); Kostenübernahme der Bestattung von Einwohner*innen, die vor ihrem Ableben den Wohnsitz in eine Institution (Alters-/Pflegeheim) ausserhalb von Weinfelden verlegen mussten; neutrale Holzstele nebst dem obligatorischen Kreuz, Anpassungen zur Exhumierung u.a. Drei Personen, welche in der parlamentarischen Kommission mitgearbeitet haben, fordern ein klares Ja zum neuen Friedhofreglement. Alexandra Beck (Die Mitte), Simon Engeli (FDP) und Angela Testa-Beer von den GRÜNEN präsidieren gemeinsam das Pro-Komitee.

Grosser Rückhalt

Anfang Februar versammelten sich Vertretungen fast aller Parteien, zahlreiche Privatpersonen, sowie viele muslimische Mitbürger*innen im Rathausaal zum Kick-off, organisiert durch das Pro-Komitee. Vertreter des Dachverbandes islamischer Gemeinden Ostschweiz und Fürstentum Lichtenstein (DIGO) informierten sachlich zum zentralen Thema des geplanten Gräberfeldes und dessen Bedeutung für die muslimische Gemeinschaft. In engagierten Diskussionen wurde schnell klar: Der Tod geht uns alle an und ist ein sehr persönliches, emotionales Thema.

Alle Glaubensrichtungen berücksichtigen

Heute sind rund 10 Prozent der Weinfelder Bevölkerung Menschen muslimischen Glaubens, viele in der zweiten oder dritten Generation. Sie sind hier geboren, aufgewachsen, arbeiten und zahlen Steuern. Verstorbene sollen im Tod nicht von ihren Familien getrennt werden, sondern dort bestattet werden, wo ihre Familie ihre Heimat hat.

«Verstorbene sollen im Tod nicht von ihren Familien getrennt werden.»

Alle Gesetze und Regeln zur Bestattung gelten selbstverständlich auch für islamische Grabfelder. Der stark

christlich geprägte Friedhof wird nicht verändert. Mit der Schaffung eines Grabfeldes nach islamischer

Tradition wird die Religionsfreiheit für alle bis in den Tod gewährleistet. Dies ist ganz gemäss Artikel 1 im Friedhofreglement: «Alle Glaubensrichtungen und auch nicht religiöse Personen sollen auf dem Friedhof Weinfelden nach Massgabe dieses Reglements eine letzte Ruhestätte finden können».



Pro-Komitee v.l.n.r.: Adem Kujovic (DIGO), Elsi Bärlocher (SVP), Angela Testa-Beer (GRÜNE), Alexandra Beck (Die Mitte), Simon Engeli (FDP) (Foto: GRÜNE Weinfelden)

Weitere Informationen: bit.ly/4i8NjPg



Bild: Adobe Stock

ZWEIMAL JA FÜR ERNEUERBARE ENERGIE

Der Kanton Schaffhausen stimmt am 18. Mai 2025 über eine Revision des Baugesetzes und ein neues Energiegesetz ab. Damit sollen Wind-, Solaranlagen und Effizienzmassnahmen vorangebracht werden.

Warum die Zone für erneuerbare Energien?

MPF. Die Revision des Baugesetzes blieb im Kantonsrat unbestritten. Einzig die «Zone für erneuerbare Energien» war umstritten. Darum wird darüber abgestimmt.

Heute dauern die Bewilligungsverfahren viel zu lange. Die Windräder, welche man von Schaffhausen aus sieht, wurden gleichzeitig geplant wie die Windräder in Hemishofen. In Deutschland drehen sie seit acht Jahren, in der Schweiz noch lange nicht. Mit der Zone für erneuerbare sollen die Verfahren beschleunigt werden.

Künftig könnten grosse Wind-, Solar- oder Speicherprojekte dort entstehen, wo sie landschaftlich und energetisch am sinnvollsten sind. Es gibt schon lange eine Zone für Abfallanlagen. Dieses bestehende Instrument wird nun auf erneuerbare Energien ausgeweitet. Im Winter muss viel teuren Strom aus dem Ausland importiert werden. Gerade im kritischen Winter liefern Windkraftanlagen dreimal mehr Strom als im Sommer.

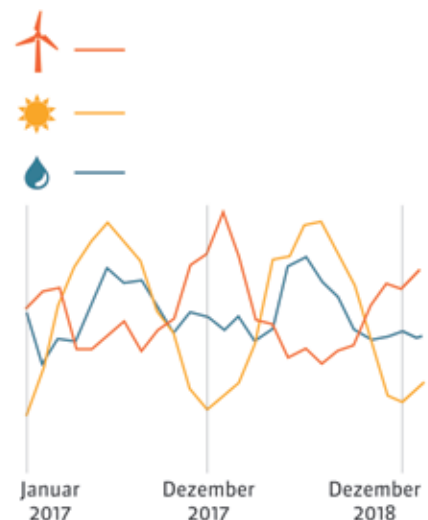
Warum ein Energiegesetz für Schaffhausen?

Schaffhausen ist der letzte Kanton, der noch nicht über ein eigenständiges Energiegesetz verfügt. Mit dem Energiegesetz können grosse Abwärmeproduzenten endlich dazu verpflichtet werden, die Abwärme zur Verfügung zu stellen. Unternehmen mit grossem Energieverbrauch werden verpflichtet, Effizienzmassnahmen zu prüfen und zu realisieren. Die neue Solarpflicht bei Sanierungen gilt ab einer Dachfläche über 300 m². Einfamilienhäuser sind also weitgehend ausgenommen. Die Vorlage vereint Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Kostensenkung. Dank sauberem Strom aus Sonne und Wind können Wärmepumpen und Elektroautos versorgt und gleichzeitig die Abhängigkeiten von Öl, Gas oder Uran aus fragwürdigen Staaten gesenkt werden. Das neue Gesetz ist damit ein wichtiger Beitrag zur Erreichung der Klimaziele.

In Solothurn wurde die Revision des Energiegesetzes abgelehnt. In Luzern wurde ein Gesetz vom Volk deutlich angenommen, das ähnlich wie in Schaffhausen Zonen für erneuerbare Energien ermöglicht.

Das zeigt, dass es möglich ist, wenn wir Vollstrom (statt Vollgas) geben.

Darum: 2 x Ja für eine sichere und saubere Energiezukunft in Schaffhausen!



Stromproduktionsprofile von Wasser-, Wind- und Solarkraft (Daten: BFE / Grafik: Mischa Herzog)



Bild: Adobe Stock

ADE:

DIE BTS IST VOM TISCH

Im Dezember präsentierte das ASTRA die sogenannte Korridorstudie. Sie zeigt, dass die nationalen Prioritäten anders liegen als die bürgerlichen Thurgauer Politiker*innen behauptet haben. Das Resultat ist ganz im Stil dessen, was die GRÜNEN und die Umweltverbände bereits vor zwanzig Jahren vorgeschlagen haben.

KEG. Die N23 (früher Bodensee-Thur-tal-Strasse BTS) führt von Müllheim über Weinfelden und Amriswil nach Arbon. Die Strasse gehört seit 2020 dem Bund. Das heisst, dass der Bund für die Planung, den Unterhalt und den Ausbau verantwortlich ist und auch die Kosten trägt. Das ASTRA (Bundesamt für Strassen) hat mit einer Korridorstudie die Schwachstellen, die Ziele und den Handlungsbedarf untersucht. Und kommt dabei auf ganz andere Schlüsse als die Thurgauer Regierung mit ihrer BTS-Planung. Handlungsbedarf besteht bei der Erhöhung des ÖV-Anteils, der Verbesserung der Attraktivität für den Fuss- und Veloverkehr, der Reduktion der Lärmbelastungen, der Entschärfung der Stausituationen im Siedlungsgebiet und der Reduktion der ökologischen Trennwirkung.

Ottenbergtunnel nach 2045

Das ASTRA schlägt kurz-, mittel- und langfristige Massnahmen vor. Kurzfristig sollen kleinere Massnahmen für den ÖV, den motorisierten Individualverkehr MIV und den Fuss- und Veloverkehr umgesetzt werden. Mittelfristig werden die Knoten, z.B. in Bürglen und Sulgen umgestaltet, um den Verkehrsfluss und auch die Aufenthaltsqualität und den

Komfort zu verbessern. Ebenso werden einige Umfallschwerpunkte behoben. Langfristig fasst das ASTRA eine siedlungsnaher Umfahrung von Weinfelden mit dem Ottenbergtunnel und eine weiträumige Umfahrung von Amriswil mit der Anbindung von Romanshorn ins Auge. Die langfristigen Massnahmen müssen in das STEP-Programm des Bundes aufgenommen werden. Auf die Frage, wann denn die Umfahrungen dem Verkehr übergeben werden, lautete die Antwort des ASTRA: «Sicher nicht früher als in zwanzig Jahren.»

13 Millionen Franken in den Sand gesetzt

Als eine der acht Varianten hat das ASTRA auch die Thurgauer Planung der BTS untersucht – für die der Kanton bis heute mehr 13 Millionen Franken für externe Planungsleistungen nutzlos ausgegeben hat. Das ASTRA berechnet die Baukosten auf 3.3 Milliarden Franken. Dies ist mehr als viermal soviel wie bei der Abstimmung 2012 prognostiziert wurde. Der Landverbrauch wäre mit 115 Hektaren dreimal grösser als die jetzt geplanten Massnahmen. Es ist definitiv: Eine Strasse, wie sie der Kanton plante, wird es nicht geben. Die BTS ist endgültig vom Tisch.

GRATULATIONEN

Die GRÜNEN gratulieren Sandro Gehri, Jahrgang 1986, zur Wahl – mit sehr gutem Resultat – in den Gemeinderat von Bussnang. Sandro Gehri ist Co-Präsident der GRÜNEN Weinfelden.



Sandro Gehri



Simon Hungerbühler

Einen Wechsel gibt es auf dem Sekretariat der GRÜNEN Thurgau. Barbara Imholz gibt das Amt altershalber ab. Die GRÜNEN danken Barbara ganz herzlich für die tolle Zusammenarbeit während der letzten achtzehn Jahre. Am 1. März hat Simon Hungerbühler, Jahrgang 1977, aus Rikon ZH, das Amt als Sekretär angetreten. Simon Hungerbühler leitet gleichzeitig das Sekretariat der GRÜNEN Winterthur.



Bild: zvg

NACHGEFRAGT BEI

LYDIA TOBLER

Lydia Tobler ist die erste Geschäftsführerin der GRÜNEN Graubünden. Seit drei Jahren im Bündnerland fühlt sie sich pudelwohl und ist mit viel Courage und Empathie am Berg und im Tal unterwegs. Das Interview führte Kaspar Schuler.

In Graubünden landen viele eher bei den Jusos als den Jungen GRÜNEN. Was hat Dich auf den GRÜNEN Geschmack gebracht?

Mit circa 12 Jahren sah ich einen Dokumentarfilm über die Regenwaldabholzung, später einen über die Eisbären und deren schmelzenden Lebensraum. Die Leidtragenden konnten sich nicht wehren. Da wurde mir klar, dass ich mich für die Natur einsetzen möchte. Später wurde mir bewusst, dass eine bleibende Veränderung nur über die Politik zu erreichen ist und so schloss ich mich den Jungen Grünen Aargau an. Die Jusos find ich super, doch meine Priorität ist und bleibt die Umwelt. Aus der Natur kommt unsere Nahrung, in ihr erholen wir uns und erleben unsere schönsten Momente.

Du hast uns durch Deine zupackend unverfrorene Art begeistert. Woher kommt diese Courage?

Ich denke aus meiner Kindheit. Ich wollte seit je eine gerechte Welt, für alle. Die Natur kann nicht mitdiskutieren oder verhandeln, deshalb spreche ich für sie. Es kann nicht sein, dass wir aufgeben, wenn's um unseren wertvollsten und einzigen Lebensraum geht. So kämpfe ich für eine gerechtere Umweltpolitik.

Du bist die erste Geschäftsführerin der Bündler GRÜNEN. Welche Aufgaben stehen an?

Mobilisierung! Eine Partei braucht Menschen, die mitmachen, mitdenken und helfen. Graubünden ist bekannt für seine grossflächige und an vielen Orten noch unberührter Natur. Damit dies so bleibt, braucht es Personen, die sich in politischen Ämtern, auf der Strasse oder zu Hause einsetzen. Wir wollen mehr Mitspracherecht im Kanton und den Gemeinden. Es gilt eine starke Liste und viel Unterstützung bei den Grossratswahlen 2026 zu erreichen.

Was brauchst Du dazu?

Engagierte Kandidierende oder weitere Menschen, die uns beim Unterschriftensammeln, Flyern oder mit Spenden unterstützen. Um die ganze Bevölkerung zu erreichen, brauchen wir Regionalgruppen, die sich in ihrem Umfeld und auf regionaler Ebene engagieren. Meldet Euch bei mir, wir unterstützen jede und jeden gern!

Was soll sich politisch ändern?

Momentan wird viel auf die einzelne Person abgewälzt, was nicht fair ist. Das sind nicht Einzelne sondern grosse Konzerne. Die Politik soll diejenigen zur Verantwortung ziehen, die auch den grösseren Schaden anrichten.

ZUR PERSON

Lydia Tobler (27) ist ausgebildete Physiotherapeutin, bei den GRÜNEN seit sechs Jahren engagiert, seit Januar 2025 grüne Bündner Geschäftsführerin. Ursprünglich Aargauerin, wohnt sie seit gut drei Jahren in Chur und fühlt sich umringt von Bergen wohl. Kein Wunder, ist sie in ihrer freien Zeit am liebsten draussen, auf Skitouren, dem Bike, am Klettern. Lydia erreicht Ihr unter: info@gruene-gr.ch oder 079 901 83 23

ERFREULICHE ERRUNGENSCHAFTEN

Die Herausforderungen hin zu einer enkeltaugliche Zukunft sind gross und Lösungsansätze werden häufig blockiert. So ist es umso erfreulicher, dass wir auch in dieser Ausgabe auf positive Neuigkeiten stossen.

Mit der Wahl von Meret Grob zur höchsten Wilerin werden die GRÜNEN im Jahr 2025 an vielen Anlässen präsent sein, die tief in die Gesellschaft dringen.

In St.Gallen wurde Jeyakumar Thurai-
jah zum Vizepräsidenten des Stadt-
parlaments ernannt. Im Jahr 2026 wird
er folgend die GRÜNEN als höchster
St.Galler vertreten. In der Bevölkerung
wird er breit abgestützt und engagiert
sich insbesondere im sportlichen
Bereich.

Die Wahl von Mathias Zopfi zum Prä-
sidenten des Schweizerischen Gemein-
deverbandes spricht für seine bisherige
Arbeit im Nationalrat und wird nicht
ohne positive Auswirkungen bleiben.

OSTGRÜNE: ANSCHLUSS FINDEN

Kantonalparteien

• GRÜNE Glarus
Ennetbühlerstr. 3
8755 Ennenda
www.gruene-gl.ch
sekretariat@gruene-gl.ch

• GRÜNE Graubünden
7000 Chur
079 901 83 23
www.gruene-gr.ch
info@gruene-gr.ch

• GRÜNE Schaffhausen
Brünigstrasse 7
8200 Schaffhausen
www.gruene-sh.ch
info@gruene-sh.ch

• GRÜNE St.Gallen
Postfach
9001 St.Gallen
071 244 00 58
www.gruene-sg.ch
sekretariat@gruene-sg.ch

• GRÜNE Thurgau
8570 Weinfelden
079 304 37 49
www.gruene-tg.ch
sekretariat@gruene-tg.ch

OSTGRÜN, Redaktion und Inserate

• Kurt Egger, Präsident GRÜNE TG
079 207 84 37
kurt.egger@gruene-tg.ch

• Daniel Bosshard, Präsident GRÜNE SG
079 846 63 98
daniel.bosshard@gruene-sg.ch

Redaktionsschluss Ausgabe 2/25
30. 6. 2025

AGENDA OSTGRÜN

Details siehe Webseiten Kantonalparteien.

Glarus

www.gruene-gl.ch

- Samstag, 29.3., 10 bis 14 Uhr Koffermarkt Mollis, Mehrzweckhalle, Vorderdorfstrasse 3, Mollis
- Mittwoch, 2.4., 19.30 bis 22.30 Uhr Hauptversammlung GRÜNE Kanton GL, ReVier Enneda, Hintere Villastrasse 4, Ennenda
- Samstag, 26.4., 8.30 bis 11.30 Uhr Bring-Hol-Börse, Alter Feuerwehrplatz, Schwanden
- Samstag, 3.5., ganztägig Landsgemeinde Flohmarkt, Glarus
- Donnerstag, 8.5., 19 bis 22 Uhr Hauptversammlung GRÜNE Glarus Nord
- Montag, 19.5., 19 bis 22 Uhr Parolenfassung Gemeindeversammlung Glarus Nord
- Samstag, 5.7., ganztägig Glarus Pride

Graubünden

www.gruene-gr.ch

- Dienstag, 20.5., 19 Uhr Mitgliederversammlung, Kulturpunkt, Planaterrastrasse 11, Chur

Schaffhausen

www.gruene-sh.ch

- Mittwoch, 9.4. Mitgliederversammlung
- Donnerstag, 18.6. Generalversammlung

St.Gallen

www.gruene-sg.ch

- Donnerstag, 27.3., 19.00 Uhr Kennenlern- und Austauschtreffen, Restaurant Buchserhof, Grünaustrasse 2, Buchs
- Freitag, 28.3., 18.30 Uhr Mitgliederversammlung GRÜNE Sarganserland, Begegnungsstätte Bad Ragaz
- Samstag, 5.4., 9.30 Uhr Ordentliche Mitgliederversammlung GRÜNE Kanton SG, BGZ Uznach
- Dienstag 15.4., 19.30 Uhr Hauptversammlung GRÜNE Region Rorschach, Schilte Sechsi, Rorschach
- Mittwoch, 23.4., 10.00 Uhr Senior*innentreffen GRÜNE Kanton SG, DenkBar, St.Gallen
- Freitag, 25.4., 19.00 Uhr Hauptversammlung GRÜNE Stadt und Region St.Gallen, Offcut, St.Gallen
- Samstag, 26.4., 8 Uhr Veloflohmarkt, Marktgasse, Wil
- Mittwoch, 30.4., 18.45 Uhr Infoanlass Alpiner Solarstrom, Technopark Graubünden, Landquart

Thurgau

www.gruene-tg.ch

- Montag, 31.3., 19.15 Uhr, MV GRÜNE TG, Goldener Dachs, Weinfelden

National

www.gruene.ch

- Samstag, 29.3., DV GRÜNE Schweiz, Wallis
- Sonntag, 18.5., Kantonale Abstimmungen